

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und Hornauer Anzeiger | Nassauische Schweiz - Anzeiger für Ehlhalten, Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn | Falkensteiner Anzeiger, Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Zeile 20 Pfennig für amtliche und anverwandte Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Zeile 30 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Reklamations- und Anzeigengebühren 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch
16
Januar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsch. Jede Nachschickung wird hinfällig bei gerichtlicher Verurteilung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 6.50 Mark. Anzeigen-Akademie: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingebracht sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird nicht berücksichtigt, eine Gewährung hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 9 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Berlin, 15. Jan. Es wird immer deutlicher, daß die russischen Unterhändler im Glauben an ihre Mission die Verhandlungen zu verschleppen suchen. Auch die wirtschaftlichen und handelspolitischen Besprechungen in Petersburg, an denen vor auch in Deutschland bekannte Herr Rabel beteiligt ist, kommen nicht vom Fleck. Es liegt System in der Art, wie Herr Trotski von dem Kern der Besprechungen zu allgemeinen Theorien abdriftet. Umso notwendiger ist es, daß das Deutsche Reich nicht weiter das Schauspiel innerer Zerrissenheit bietet, wie es während der letzten Wochen der Fall war.

Die russischen Maximalisten fühlen in sich die Mission, ganz Europa mit Revolutionsideen zu erfüllen. Herr Trotski hat ganz offen davon gesprochen, daß die vereinbarte Klausel „fortan in Frieden und Freundschaft zu leben“ nichts weiter sei als eine dekorative Phrase. Er hofft, daß ganz andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern beeinflussen würden, und er spielt damit darauf an, daß er das Ueberbringen der Revolution auch auf Deutschland und seine Verbündeten erwartet.

Nach einer einleitenden Besprechung über sachliche Fragen der Beratungen wurde zunächst festgestellt, daß an der ersten Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den kriegführenden Parteien ausgesprochen werden solle. Dagegen lehnte es Trotski ab, anschließend hieran auszusprechen, daß die tragfählichsten Teile entschlossen seien, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Es wurde beschlossen, auf diesen Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt zurückzukommen.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung wurde festgestellt, daß ein Einverständnis darüber herrsche, die Räumung der von den beiden kriegführenden Parteien besetzten Gebiete grundsätzlich auf die Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen, derart, daß die Räumung des besetzten russischen Gebietes an die Räumung der von Rußland besetzten Gebiete Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens zu knüpfen sei. Später wurde Persien aus diesem Zusammenhang gestrichen, da es nicht kriegführender Teil sei. Trotski schlug vor, am Schlusse den Satz einzufügen: „Rußland verpflichtet sich, in möglichst schneller Zeit seine Truppen aus den Gebieten des besetzten neutralen Persiens herauszuführen.“ Hierzu bemerkte Staatssekretär v. Rühlmann, er begrüße diese Erklärung umso mehr, als auf der Seite der Zentralmächte für das alte Kulturvolk der Perser die allerlebhaftesten Sympathien bestünden und sie nichts mehr wünschten, als daß die Perser in Zukunft frei von Unterdrückung ihre nationale Kultur pflegen könnten.

Es kam sodann die Frage zur Besprechung, in welchem Zeitpunkte die Räumung der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an einen Zeitpunkt zu knüpfen, in welchem nach Friedensschluß Rußland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde. Die Räumung der besetzten Gebiete an die erfolgte Demobilisierung der russischen Streitkräfte zu binden, sei deshalb notwendig, weil die Gefahr vorliege, daß Rußland, bevor seine Streitkräfte demobilisiert seien, infolge Veränderungen in seinem Regierungssystem und seinen Absichten jederzeit in der Lage wäre, wieder Offensivoperationen durchzuführen.

Die russischen Gegenwortschläge besagen: Die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns bestätigen ihrerseits kategorisch das Fehlen irgendwelcher Ansprüche sowohl auf die Einverleibung in das Territorium Deutschlands und Österreich-Ungarns der Gebiete des früheren russischen Kaiserreiches, die jetzt von den Heeren Deutschlands und Österreich-Ungarns okkupiert worden sind, wie auf sogenannte Grenzkorrekturen auf Kosten dieser Gebiete. Gleichzeitig verpflichten sie sich, diese Gebiete nicht zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen und ihre Unabhängigkeit nicht durch irgendwelche Zoll- oder Militärkonventionen zu beeinträchtigen. Die Lösung der Frage über die Geschichte der sich selbst bestimmenden Gebiete muß unter der Bedingung der vollen politischen Freiheit und des Fehlens jedes äußeren Druckes stattfinden. Deshalb soll die Abstimmung nach der Rücknahme der fremden Heere und der Rückkehr der Flüchtlinge und der vom Anfang des Krieges evakuierten Bevölkerung stattfinden. Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Heere wird durch eine besondere Kommission bestimmt.

Auch über die freie Abstimmung im besetzten Gebiet stellten die Russen neue Anträge.

General Hoffmann erwiderte darauf: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande ständen und uns Bedingungen diktieren könnten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengekehrt sind. — Das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet! Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es ihre eigene Regierung im eigenen Lande nicht anwendet. Ihre Regierung ist begründet lediglich auf der Macht und zwar auf einer Macht, die rücksichtslos und mit Gewalt jeden Andersdenkenden unterdrückt. Jeder Andersdenkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois für vogelfrei erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erläutern. In der Nacht zum 31. 12. wurde der erste wehrtaugliche Kongreß in Wladiwostok, der das Selbstbestimmungsrecht des wehrtauglichen Volkes geltend machen wollte, von Maximalisten durch Bajonette und Maschinengewehre auseinandergejagt. Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum und versuchte die Erzwingung ihres Willens mit Waffengewalt durchzuführen. Auch aus verwaltungsmäßigen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung die Räumung Kurlands, Litauens und Rigas und der Inseln im Rigaschen Meerbusen ablehnen. Alle diese Gebiete besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, keine Organe des Rechtsschutzes, keine Eisenbahnen, keinen Telegraphen, keine Post. Alles dies ist deutscher Besitz und in deutschem Betriebe. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksheeres oder einer Miliz sind die Länder aus Mangel an geeigneten Organen in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Staatssekretär von Rühlmann: Es ist nicht möglich, auf die hier vorlesene schriftliche Erklärung der russischen Delegation unsererseits jetzt irgendwie Stellung zu nehmen. Da aber die russische Delegation durch ihren heutigen Antrag sich auf einen anderen Boden stellt, schlage ich vor, zur Beratung unter den Bundesgenossen die Sitzung aufzuheben, was dann auch geschah.

Rußland.

Sozialistische Republik und allgemeine Entlassung?

Amsterdam, 15. Jan. (W. B.) „Allgemeines Handelsblatt“ erzählt aus London, daß die Bolschewiki-Regierung die Absicht habe, der verfassungsgemäßen Versammlung am 18. d. M. ein Ultimatum zu stellen, Rußland für eine sozialistische Republik zu erklären und alles Land und allen Besitz zu enteignen.

Verhaftung des rumänischen Gesandten und seines Personals.

Stockholm, 15. Jan. (W. B.) Nach einer Meldung der Agence Havas aus Petersburg wurde der rumänische Gesandte Diamandi und das Personal der Gesandtschaft gestern Abend auf Befehl der Volksbeauftragten verhaftet und in der Peter-Pauls-Festung interniert. Die Ursache sei unbekannt. Die Verhaftung habe großes Aufsehen hervorgerufen. Da aus Anlaß des Jahreswechsels keine Zeitung erschien, sei sie nicht allgemein bekannt geworden. Das diplomatische Korps, auch das neutrale, sei von dem Doyen, dem amerikanischen Botschafter Francis, dringend zusammenberufen worden, um Einspruch zu erheben.

Empfänge beim Kaiser.

Berlin, 11. Jan. (W. B. Antisch.) Der Kaiser empfing gestern vormittag den Kronprinzen, den Reichskanzler Grafen von Hertling und den Generalfeldmarschall von Hindenburg. Ferner hörte er den Generalsstabsvortrag des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und den Vortrag des Unterstaatssekretärs von dem Busche.

Eine Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“

Berlin, 14. Jan. (W. B.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt reaktionell unter der Überschrift „Tatsachen und Gerüchte“: Reichskanzler Graf von Hertling hielt in den letzten

Tagen mehrfach dem Kaiser Vortrag und hatte zahlreiche Besprechungen. Eine vertrauensvolle Aussprache fand zwischen dem Reichskanzler und den zur Zeit hier anwesenden Heerführern statt. Die Mitteilungen über einen für heute einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung im Kronrat verlangten. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß Staatssekretär von Rühlmann und Botschafter Graf von Bernstorff in Berlin eingetroffen seien. Beide Angaben sind falsch.

Hauptausschuß des Reichstags.

Berlin, 15. Jan. Der Hauptausschuß nahm seine Beratungen wieder auf. Abg. Viesching berichtet über die Verhandlungen des Unterausschusses wegen der Zwangsliquidationen in Elsaß-Lothringen. Der Bericht ist vertraulich, und von einer weiteren Erörterung wird zunächst abgesehen, da Regierungsvertreter nicht anwesend sind. Der Ausschuß wendet sich nunmehr der Beratung der

Gefangenenebehandlung in Frankreich

zu. General Friedrich betonte, daß die Gefangenenebehandlung in Frankreich hinter derjenigen in Rußland stehe und wir deshalb zu Gegenmaßnahmen gezwungen seien, da die französischen Vertreter jede Besprechung über Elsaß-Lothringische Verschleppte ablehnten. Nachdem die Redner aller Parteien sich hierzu einverstanden erklärt hatten, wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Graf Hertling im Herrenhaus.

Berlin, 15. Jan. Der Reichskanzler und Ministerpräsident Graf Hertling ist heute im preussischen Herrenhaus erschienen und hat dort das Wort ergriffen. Nach der offiziellen Ankündigung dieser Rede in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und nach den Ereignissen der letzten Woche und der letzten Tage hatten wohl viele erwartet, daß er in irgend einer Weise den inzwischen beigelegten oder zum mindesten abgeschwächten Meinungsstreit über die Fragen der großen Politik berühren würde. Aus allen Teilen des Landes waren die Mitglieder der ersten preussischen Kammer sehr zahlreich erschienen, auch der Großadmiral v. Tirpitz und ehemalige Reichskanzler Fürst Bismarck.

Nachdem der Vorsitzende Graf v. Arnim-Brienburg eine kurze Ansprache gehalten hatte, sprach Ministerpräsident von Hertling über die Wohnungsnot vor und während des Krieges recht eindringlich. Er führte an: Nicht nur, daß die Instandhaltung der alten Wohnungen erschwert ist, nicht nur, daß es fast unmöglich geworden ist, den Wohnungsbau zu verstärken, etwas anderes liegt uns am Herzen, wir wollen unseren

heimkehrenden Krieger ein Heim schaffen.

das ausreichend, gesund und befriedigend ist. (Beifall.) Aus all diesen Gründen heraus sind diese Vorlagen entstanden, Vorlagen also, die eine Förderung des gemeindlichen Siedelungswesens und des Wohnungsbaues bezwecken. Diese Forderungen sollen geschehen: 1. dadurch, daß die gemeindlichen Anordnungen auf gesetzliche Grundlagen gestellt werden, und 2. dadurch, daß auch Mittel des Staates bereit gestellt werden, um einerseits gemeinnützige Bauvereinigungen zu unterstützen und andererseits zweite Hypotheken von gemeindlichen Vereinigungen durch staatliche Gewähr zu sichern.

Nach längerer Aussprache wurde das Wohnungsgesetz einstimmig angenommen, weiter u. a. eine Entschließung, die Regierung zu eruchen, die gesamte Bearbeitung des Wohnungswesens der einheitlichen Leitung eines Ministeriums zu unterstellen.

Unverändert wird angenommen das Wirtschaftssicherungsgesetz und das Gesetz betreffend Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Verordnung zur Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Kapitalerhöhung der Seehandlung, Ostmarkenpolitik, Rechnungssachen.)

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 15. Jan. Auf der Tagesordnung steht der Antrag des Abg. Kronsohn (Fortfr. Sp.) und Genossen auf Zulassung von Frauen zu städtischen Verwaltungen, Deputationen und Stiftungsvorständen. In der Kommissi-

fionsfassung ersucht der Antrag die Regierung, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Bestimmungen der Städteordnung Preußens dahin abgeändert werden, daß Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungen, Deputationen und Stiftungsvorständen der sozialen Fürsorge und Wohlfahrtspflege mit beschließender Stimme bestellt werden. Die Weiterberatung wurde nach längerer Aussprache auf Mittwoch vertagt. Es wird dann auch über den Gesetzentwurf betreffend Vereinfachung der Verwaltung gesprochen werden.

Beschlüsse des Ältesten-Ausschusses.

Berlin, 15. Jan. (W. B.) Der Ältesten-Ausschuss des Abgeordnetenhauses, der am Dienstag nach der Vollziehung zusammentrat, beschloß am Donnerstag und Freitag keine Plenarsitzungen abzuhalten, damit der Verfassungsausschuss seine Arbeiten fördern könne. Am Samstag, den 19. Jan. wird die erste Lesung des Etats beginnen, daran anschließend soll alles das zur Beratung kommen, was noch an gesetzgeberischen Arbeiten vorliegt. Diese Beratungen sollen jedoch nicht über den Donnerstag der kommenden Woche hinausgehen. Von Donnerstag, den 24. Jan. bis zum 23. Febr. wird eine Pause eintreten, um dem Haushaltsausschuss und dem Wahlrechtsausschuss Zeit zu den Beratungen zu lassen.

Fliegerangriff auf Karlsruhe.

Karlsruhe, 14. Jan. (W. B. Amtlich.) Bei einem heute mittag auf Karlsruhe erfolgten Fliegerangriff wurden einige Bomben abgeworfen. Eine Person wurde ganz leicht verletzt. Militärischer Schaden ist nicht entstanden, sonstiger Sachschaden gering.

Großes Hauptquartier, 15. Januar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekampf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Asolone und Monte Pertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert. Tagsüber in den Angriffsabschnitten anhaltende Feuerkämpfe dehnten sich zeitweise über die Brenta nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen am Piave-Delta war das Artilleriefeuer vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Caillaux verhaftet.

Paris, 15. Jan. Nach einer Pariser Havasmeldung wurde Caillaux gestern vormittag verhaftet und unverzüglich in das Santé-Gefängnis gebracht.

Zu der Verhaftung Caillaux' schreibt das „Journal des Débats“ nach einer Meldung der „Neuen Korrespondenz“: Die Verhaftung wurde infolge einer diplomatischen Mitteilung einer auswärtigen Regierung beschlossen. Diese Mitteilung wird übrigens in nächster Zeit veröffentlicht werden.

Lokalnachrichten.

* Rönigstein, 16. Jan. Der Arbeiter- und Militärverein hielt am Montagabend im Vereinslokal „Zum Hirsch“ seine diesjährige Jahresversammlung ab. Es wurde beschlossen, daß der Verein sich an der von der Stadt in Aussicht genom-

menen Geburtstagsfeier Sr. Maj. des Kaisers, wozu auch ein auswärtiger Redner gewonnen sei, beteilige. Von einer Neuwahl des Vorstandes nahm man Abstand. Unter verschiedenen kamen dann noch mehrere Vereinsangelegenheiten zur Besprechung und Kenntnisnahme.

* Die Weihnachtsfeier „Zum Hirsch“ hatte gestern Abend ihre Jahresversammlung in gleichem Lokale. Der bisherige Vorstand wurde, bis auf den 2. Vorsitzenden, wiedergewählt. An dessen Stelle, Herrn Oberbrieftreger Carl Schlier, wurde Herr Hofphotograph F. Schilling gewählt. Beschlossen wurde fortan nur noch Beiträge in Mindesthöhe von einer Mark zu erheben. Zur Auszahlung kamen M 9455 (im Vorjahre M 10 201). Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Vereinsjahres 200. Seitdem erfolgten bis jetzt 40 Neuanmeldungen. Renamierungen werden noch bis zum 1. April von der Beitragsnehmerin Frau Anton Belg sowie von den Vorstandsmitgliedern entgegengenommen.

Von nah und fern.

Frankfurt, 15. Jan. Pfarrer Traub sollte gestern auf Veranlassung der Deutschen Vaterlandspartei im Saal des Zoologischen Gartens den Frankfurtern mitteilen, „was dem Vaterland not tut“. Er konnte aber diese Absicht nicht zur Ausführung bringen, da die in der Mehrzahl aus Gegnern der Vaterlandspartei bestehende Versammlung nicht einmal den Vorsitzenden, Pfarrer Kähler, zu Wort kommen ließ, der über die Worte: „Meine Damen und Herren! Die Deutsche Vaterlandspartei...!“ nicht hinauskam. Es erhob sich ein solcher Lärm, daß die Versammlung nach einigen Minuten polizeilich aufgelöst werden mußte. An die Versammlung schloß sich eine Straßendemonstration an. Etwa vier- bis fünfhundert Personen zogen vor verschiedene Zeitungsredaktionen, um je nach deren politischen Haltung ihrem Beifall oder ihrer Mißstimmung Ausdruck zu geben. Die Schutzmannschaft begab sich zwischen die Menge und veranlaßte sie durch gütliches Zureden, der Aufforderung des Polizeikommissars Folge zu leisten. Die Menge zerstreute sich ohne daß es zu irgend welchen weiteren Zwischenfällen kam. Der stellvert. kommandierende General v. Riedel, erklärt aus Anlaß dieser Vorgänge, die hoffentlich nur ein Ausnahmefall bilden, im Wiederholungsfall alle öffentliche Versammlungen zu verbieten.

— Geheimer Sanitätsrat Dr. Heinrich Rehn ist gestern im 87. Lebensjahre gestorben. Er war ein bekannter Kinderarzt und Kinderfreund.

Polizei gegen den Bund der Kriegsbeschädigten.

Im Saale des Lehrvereinshauses am Alexanderplatz zu Berlin sollte eine Wahlrechtsversammlung des Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer stattfinden, zu der die Reichstagsabgeordneten Siskowich und Davidsohn sowie der Bundesvorsitzende Ruttmer als Redner vorgesehen waren. Es sollten auch die Vorgänge zur Sprache gebracht werden, die sich in der Woche vorher in der Versammlung der Vaterlandspartei zugetragen hatten. Der Zutritt zu der Versammlung war überaus stark. Die Versammlung wurde aber durch ein polizeiliches Verbot verhindert.

Die Kriegsbeschädigten begaben sich hierauf zu ihrem ständigen Versammlungslokal in der Sophienstraße. Raum hatten sie sich jedoch dort eingefunden, so erschien auch dort ein neues Schutzmannsaufgebot, welches erklärte, daß die Versammelten auseinandergehen müßten. Der Bundesvorsitzende Ruttmer forderte hierauf die Versammelten auf, als Protest gegen diese Mißhandlung der Rechte der Kriegsteilnehmer das Eisene Kreuz sofort abzulegen und dieses auf dem Schlachtfelde erworbene Ehrenzeichen ihm zu übergeben. Es wurden nun dem Vorsitzenden 311 Eisene Kreuze übergeben, auf welche die Inhaber ausdrücklich verzichteten. Hierauf entfernten sich die Kriegsbeschädigten aus dem Vereinslokal.

Großes Hauptquartier, 16. Januar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht und

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz

Bei und Ostlich von Lens war die Artillerietätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte. Südlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Nach mehrstündiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen nördlich von Badonvillers vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein.

Eigene Aufklärungsgruppen brachten in den oberen Bogen Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen erhöhte Gefechtsintensität.

Italienische Front.

Zwischen Brenta und Piave lebhafteste Feuerkämpfe, mit besonderer Heftigkeit im Gebiet des Monte Asolone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt. Sie wurden abgewiesen.

Im Piave-Abschnitt südlich von Montello verstärkte sich das englische Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 15. Jan. (W. B. Amtlich.) Neue Erfolge im Mittelmeer:

Ein englischer Zerstörer und 24 000 Bruttoregistertonnen Handelschiffsraum.

Am 30. Dezember hat eines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant J. S. Obermüller, vor Alexandria einen großen bewaffneten, durch Fischdampfer und Torpedobootszerstörer stark gesicherten vollbesetzten Truppentransportdampfer versenkt und darauf in kühnem Angriff den Zerstörer der Sicherung „S 08“ durch Torpedotreffer versenkt. Der Transporter hatte nach Beobachtung des U-Boots anscheinend ausschließlich weiße Engländer an Bord.

Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bezw. die Engländer im Orient Ladung hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter, von Zerstörern gesicherter Transportdampfer von etwa 5000 Tonnen, sowie zwei mittelgroße Dampfer, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 15. Jan. (W. B.) Heute fanden wieder Besprechungen der deutsch-österreichisch-ungarischen und der russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen statt. Trotz der vorläufig noch starken Abweichung in den Auffassungen der beiden verhandelnden Parteien konnte in einigen Punkten eine wesentliche Annäherung festgestellt werden.

Sport an Kartoffeln!

Bekanntmachung.

Das Lebensmittelamt ist morgen Donnerstag vormittag geschlossen. Nachmittags ist dasselbe von 2¹/₂ bis 6 Uhr geöffnet.

Rönigstein im Taunus, den 16. Januar 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Lebensmittel-Verkauf.

Am Freitag, den 18. Januar d. Js., werden im Rathausaale gegen Abgabe des Lebensmittelkarten-Abschnittes 2 verkauft:

Butter, Öl, Kaffee-Ersatz, Zwiebelpulver, Kunsthonig und Blutan (Kräftigungstrank).

Die Reihenfolge ist wie folgt einzuhalten:

Brotkarten-Nr.	501—600	vormittags von	8—9 Uhr,
	401—500		9—10 "
	301—400		10—11 "
	201—300		11—12 "
	101—200	nachmittags	2—3 "
	1—100		3—4 "
	601—800		4—4 ¹ / ₂ "

Für Wechselgeld ist Sorge zu tragen. Brotkarten sind vorzulegen.

Rönigstein im Taunus, den 16. Januar 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 18. Januar 1918, vormittags 10¹/₂ Uhr, versteigere ich in Niederreienberg öffentlich, meistbietend, gegen gleich bare Zahlung:

1 Piano.

Sammelpunkt der Kaufliebhaber an der Bürgermeisterei.

Rönigstein im Taunus, den 16. Januar 1918.

Mohnen,

Gerichtsvollzieher in Rönigstein i. T.

10 Mark Belohnung

demjenigen, der mir meinen Hund, auf den Namen „Butz“ hörend, wiederbringt. Doßbadermeister Joh. Schmitt, Rönigstein i. T. —: Hauptstraße.

Mädchen

= aufs Land gesucht = Adam Reccius 3r, Unterliederbach.

Kräftiges Mädchen

oder Frau i. Küche u. Hausarbeiten gesucht.

Frau Postnerwaller Ludwig, Bad Soden (Cs.) Rönigsteinerstr. 11.

Blumentöpfe,

gebrauchte u. neue, laßt zu guten Preisen

Frau Heinrich Dornau, Herzog-Karl-Str. 3, Rönigstein.

Eine junge, kräftige

Saaneziege

zu verkaufen

Schneidhalmweg 50, Rönigstein.

Einen leichten Einsp.-Kastenwagen (Kuhwagen)

zu kaufen gesucht ZUBROD, Cronberg (Taunus), Heinrich-Winterstraße 1a.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und bei dem Hinscheiden meines geliebten Gatten, unseres guten Vaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Herrn Jakob Seebold I,

für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung, die Kranz- und Blumenspenden sagen allen herzlichsten Dank

die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Kelkheim, 15. Januar 1918.

Frost und Glätte betr.

Die Hausbesitzer resp. deren Stellvertreter werden daran erinnert, daß bei Schneefall die Bürgersteige zu reinigen und bei Frost und Glätte die Bürgersteige mit Sand, Asche, Sägemehl usw. zu bestreuen sind. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Rönigstein im Taunus, den 12. Januar 1918.

Die Polizeiverwaltung: Jacobs.